

Rüttgers bildungspolitische Bilanz verheerend
Erklärung von Niema Movassat

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat seine erste Bilanz nach einem Jahr Regierungsübernahme vorgelegt. Zu deren bildungspolitischen Teilen erklärt Niema Movassat, Mitglied des Landesvorstandes der Linkspartei.PDS-NRW:

Laut Rüttgers „erhält“ NRW das „modernste Schulsystem in Europa“. Eine solche Bezeichnung hat mit Euphemismus nichts mehr zu tun, sondern erweist sich unter Berücksichtigung der gravierenden, rückwärtsgewandten Veränderungen durch das neue Schulgesetz als bildungspolitisches Neusprech.

U.a. ist vorgesehen, Kopfnoten einzuführen. Dadurch aber wird Willkür und Diskriminierung bei der Notenvergabe weiter Vorschub geleistet, denn wirklich objektive Maßstäbe gibt es für eine solche Bewertung nicht. Eher wirkt es wie der Mief vergangener Tage, immerhin wurden Kopfnoten vor Jahren erst (richtigerweise und aus guten Grund) abgeschafft.

Auch die Aufhebung der Drittelparität in der Schulkonferenz zu Lasten der SchülerInnen ist aus demokratiethoretischer Hinsicht ein Schritt zurück. Mitbestimmungsrechte werden damit beschnitten, was dem Ziel, kritische BürgerInnen zu erziehen, diametral entgegen läuft. Auch hier zeigt sich letztlich das konservative Weltbild der Landesregierung mehr als deutlich.

Rüttgers führt ferner an, dass durch die Hochschulreformen NRW zum „Innovationsland Nr. 1,“ werde. Hervorgehoben wird dabei insbesondere das Hochschulfreiheitsgesetz und die Erhebung von Studiengebühren, die im Neusprech des Herrn Ministerpräsidenten „Studienbeiträge“ genannt werden. Dabei bewirkt das Hochschulfreiheitsgesetz gerade eine neoliberale Umstrukturierung der Universitäten. Die Hochschulleitung entscheidet nunmehr, welche Fächer rentabel sind und unterrichtet werden und welche nicht. Das geht auch zu Lasten der Demokratie an den Hochschulen. Die neu eingeführten Universalbudgets sind niedriger als die bisherigen Ausgaben der Universitäten, indirekt werden also auch die Finanzmöglichkeiten der Hochschulen gekürzt. Dadurch wird nicht mehr Freiheit gewonnen, wie das Gesetz dem Namen nach suggerieren will, sondern der Grundstein für eine Marktabhängigkeit der Universitäten gelegt.

Die eingeführten Studiengebühren werden letztlich bildungsferne Schichten von einem Studium ausschließen und das eingenommene Geld wird angesichts der neu eingeführten Globalhaushalte auch recht schnell verpuffen. Letztlich stehen die Hochschulen nicht besser, sondern schlechter dar: Wissenschaft wird Marktmechanismen unterworfen, Demokratie abgebaut, bildungsferne Schichten von einem Studium abgehalten.

Damit wird man vieles, aber nicht Innovationsland Nr.1. Die Linkspartei.PDS-NRW lehnt insofern die Verschlechterungen im Bildungsbereich ab und fordert ein Bildungssystem das alle mitnimmt und keinen zurücklässt, dass gebührenfrei und demokratisch organisiert ist.